

Dafür setzen wir uns ein:

Plattform „Compass Mitte“

1. Wir wollen eine CDU/CSU, der man das „C“ nicht nur in Sonntagsreden anmerkt. Durch eine wertebezogene Politik und unser Streben nach sozialer Gerechtigkeit müssen wir dem Anspruch unseres Parteinamens gerecht werden. Das „C“ bedeutet auch etwas für unseren Umgang mit dem politischen Gegner, für unsere politische Sprache und für den Stil unserer innerparteilichen Debatten.
2. Die CDU verstand sich nie als kirchliche Partei. Aber als „christlich demokratisch“ kann sie nur glaubwürdig sein, wenn sie in einem respektvollen und lernbereiten Dialog mit den Kirchen steht. Diese sind Entwickler und Hüter von Prinzipien, Normen und Tugendethos der christlichen Sozialethik. Kritik aus den Kirchen mit einem „interessiert nicht“ abtropfen zu lassen oder als übergriffig zu schulmeistern, ist einer Partei mit dem „C“ unwürdig. Vielmehr braucht die CDU Inspiration, Einspruch und Mitarbeit aus den Kirchen, um ihre Parteiidentität, ihre „Seele“ nicht zu verlieren.
3. Wir sind Christdemokraten. Die CDU ist keine konservative Partei. Die CDU vereint soziale, liberale und konservative Strömungen, denen das „C“ die Fließrichtung vorgibt. Das „C“ garantiert, dass das Liberale menschlich bleibt, das Soziale nicht in den Sozialismus führt und das Konservative nie in eine nationalistische, völkische, EU-feindliche Ideologie abgeleitet.
4. Die CDU ist in dem Wissen gegründet worden, dass Faschismus immer nur mit Hilfe von Konservativen an die Macht gekommen ist. Wegen ihrer konservativen Strömungen hat die CDU die besondere Verpflichtung, ihren Konservatismus, den unsere Demokratie braucht, klar abzugrenzen von Rechtsextremismus, der unsere Demokratie vernichten will. Diese Grenze muss von uns immer wieder ausbuchstabiert werden.
5. Es darf deshalb keinerlei politische Zusammenarbeit der CDU mit der rechtsextremistischen AfD geben.
6. Die AfD ist eine völkisch-nationalistische Partei. Für sie haben nicht alle Menschen die gleiche Würde. Die AfD steht an der Seite Russlands gegen die Ukraine und an der Seite von Trump gegen die Demokratie. Die AfD hat die CDU zu ihrem Hauptfeind erklärt. Der Verfassungsschutz stuft sie als gesichert rechtsextrem ein. Ihre Polarisierungsstrategie zielt gegen das soziale Kapital gegenseitigen Vertrauens, auf dem unsere Demokratie beruht. Deshalb behandeln wir die AfD mit zivilisierter Verachtung, bekämpfen sie politisch und stehen zum Beschluss des CDU-Bundesparteitags, der jegliche politische Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt.
7. Das gilt für alle politischen Ebenen. Die CDU darf deshalb auch keine Anträge stellen, die nur mit Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen können. Dass die AfD demokratisch gewählt wird, macht sie nicht zu einer demokratischen Partei. In den Parlamenten stehen der AfD alle Rechte nach der Geschäftsordnung zu (Redezeiten, Ausschuss-Sitze), aber niemand ist

gezwungen, einen Rechtsextremisten zum Ausschussvorsitzenden oder ins Parlamentspräsidium zu wählen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat einen Antrag auf Prüfung der Verfassungswidrigkeit und ggf. Verbot der AfD durch das Bundesverfassungsgericht stellen.

8. Wir stehen für Achtung und Respekt. Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, wie sie mit Minderheiten umgeht. Wir stehen für Empathie, Inklusion, Integration und gegen Ausgrenzung. Es darf keine Politik auf dem Rücken von Minderheiten geben.
9. Die Kontrolle von Migration ist eine wichtige, aber bei weitem nicht die wichtigste Aufgabe. Deutschland und Europa müssen sich in einer veränderten Weltordnung behaupten, in der die USA nicht mehr ohne weiteres an der Seite der Demokratien stehen. Es gilt, die russische Aggression gegen die Ukraine zu stoppen und Putin zu widerstehen, der den eurasischen Kontinent von Wladiwostock bis Lissabon unter russische Vorherrschaft bringen will. Wir müssen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Das erfordert auch ein starkes Europa. Deutschland muss hier, zusammen mit anderen, eine Führungsrolle übernehmen. Wir müssen unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig halten, obwohl neue Zölle und Handelsbarrieren den weltweiten Handel erschweren. Deutschland muss Industrieland bleiben. Die Überalterung unserer Bevölkerung bringt unsere sozialen Sicherungssysteme in Gefahr. Wir müssen die Demografieprobleme in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung endlich angehen. Deutschland braucht Einwanderung. Ohne Einwanderung verliert unser Land jährlich 1,5 Millionen Menschen.
10. Migration muss kontrolliert werden - vor allem an den Außengrenzen der Europäischen Union. Zum 40. Jahrestag des Schengen-Vertrags bekennen wir uns zu europäischer Freizügigkeit und offenen Grenzen. Der Umsetzung des vereinbarten EU-Pakets zu Asyl- und Migrationspolitik muss Vorrang eingeräumt werden vor unabgestimmten, nationalen Alleingängen. Europäisches Recht muss eingehalten werden.
11. Ein Zerfall der regelbasierten internationalen und multilateralen Ordnung erschwert den Kampf gegen die Erderhitzung zusätzlich. Trotzdem dürfen Deutschland und Europa nicht von ihren Anstrengungen ablassen, die Pariser Klimaziele zu erreichen, so gut es noch geht. Mit dem Konzept einer ökologischen, sozialen Marktwirtschaft kann die CDU Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit vereinen.
12. Es ist ein zentraler Auftrag des „C“, soziale Gerechtigkeit anzustreben. Dazu gehört eine Bildungspolitik, die Aufstieg ermöglicht, unabhängig von der Herkunft. In der Wirtschafts- und Steuerpolitik geht es nicht nur um die Förderung investitionsbegünstigender Rahmenbedingungen, sondern auch darum, dass die Beschäftigten davon profitieren und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wir wollen, dass jeder sich mit Fleiß etwas aufbauen kann und dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu weit öffnet.
13. Die CDU ist nur dann eine Volkspartei mit Integrationskraft, wenn sie sich selbst breit aufstellt und ihre unterschiedlichen Strömungen zur Geltung bringt. Eine Verengung auf das Konservative steht dem entgegen. Entsprechend dem

Grundgesetz-Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bevölkerung mitzuwirken - nicht, sie zu ersetzen - muss sich die CDU als Plattform-Partei verstehen und gesellschaftliche Diskussionen anstoßen, um daraus zu lernen.

14. In unserer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ist es legitim, sich zu organisieren, um Interessen gemeinsam zu vertreten. NGO's und Vereine bilden das Wurzelwerk unserer Demokratie. Steuerliche Begünstigung wegen Gemeinnützigkeit trägt dem Rechnung. Es entspricht dem Subsidiaritäts-Prinzip, wenn NGO's staatlich gefördert werden.

Die 28,6 Prozent bei der letzten Bundestagswahl dürfen uns nicht zufriedenstellen. Es bedarf einer Kurskorrektur, damit die CDU mit 40 Prozent wieder die Ergebnisse einer Volkspartei erreicht. Deshalb muss der soziale und liberale Teil der Union sichtbarer werden, um mehr Menschen anzusprechen. Mit C ompass Mitte wollen wir einen Beitrag dazu leisten.